

4.46 Kampf von Mädchen und Frauen um Bildung weltweit unterstützen

Beschluss der BDKJ-Bundesfrauenkonferenz April 2023

Wir konnten die letzten Jahre sehen, wie Mädchen und junge Frauen weltweit wieder zunehmend in ihrer Freiheit und ihren Rechten beschränkt wurden. Mit Entsetzen beobachten wir, wie Bildung für viele Mädchen und junge Frauen gefährdet und bisweilen unerreichbar geworden ist. Weltweit können 130 Mio. Mädchen nicht zur Schule gehen.¹

Systematischer Ausschluss vom Bildungssystem und Bedrohung der Gesundheit

In den letzten Monaten hat sich deutlich gezeigt, welche Zumutung es ist, als Mädchen oder junge Frau in extremistischen Regimen, wie z. B. Afghanistan und dem Iran aufzuwachsen. Im Zuge immer brutaler werdender Gewaltexzesse und massenhafter Festnahmen wurden sie in ihren Menschenrechten bedroht und von Bildung ferngehalten. Zuletzt häuften sich Giftgasanschläge auf Mädchenschulen im Iran. Die über 400 betroffenen Mädchen und ihre Angehörigen² wurden geschädigt, während sie von ihrem Menschenrecht Gebrauch gemacht und eine Schule besucht haben. Neben den physischen Folgen sollte insbesondere auch der psychologische Effekt eines solchen Angriffs nicht unterschätzt werden: Angst und Schrecken werden verbreitet, was viele Familien veranlasst, ihre Kinder aus Sorge um deren Sicherheit von den Schulen zu nehmen und sie keine Bildungseinrichtungen mehr besuchen zu lassen. Dies alles geschieht im Kontext einer Protestwelle gegen das autoritäre Regime, die von jungen Frauen angeführt wird. Bisher ist unklar, wer für die Giftgasanschläge die Verantwortung trägt. Klar ist jedoch, dass sie in einem System passieren, das schon oft Gewalt an Frauen angewendet hat und eine misogynen Ideologie verfolgt.

Auch in anderen extremistischen Regimen wird Mädchen und jungen Frauen der Zugang zu Bildung verwehrt. Obwohl die Taliban eine Öffnung von höheren Schulen für Mädchen im März 2022 in Aussicht gestellt hatten, wurden die Schulen nach sieben Monaten nicht wieder geöffnet.³ Dies hat zur Folge, dass nach Schätzungen von UNICEF 3 Millionen afghanische Mädchen keine weiterführenden Schulen mehr besuchen dürfen.⁴

Systematischer Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe

Wie das Beispiel von Iran und Afghanistan deutlich macht, wird Mädchen und jungen Frauen in extremistischen Regimen der Zugang zu Bildung durch verschiedene Formen von Gewalt verwehrt. Sie werden damit systematisch von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

Bildung ist ein zentraler Schlüssel für Heranwachsende, um Wissen und Selbstständigkeit zu erwerben, Kompetenzen und Fähigkeiten herauszubilden und zu lernen, sich selbstbestimmt in gesellschaftlichen Strukturen zu bewegen. Dies ist nicht nur wichtig, um die Grundlagen für finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen und später einen Beruf ergreifen zu können: Bildung stärkt Mädchen und junge Frauen und kann sie beispielsweise vor patriarchaler Gewalt (z. B. vor Frühhehen) schützen.⁵

¹ <https://www.bmz.de/de/themen/geschlechtergerechtigkeit-in-der-bildung>

² <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/iran-vergiftungen-101.html>

³ <https://www.sueddeutsche.de/politik/afghanistan-taliban-bildung-menschenrechte-gleichberechtigung-1.5555561>

⁴ <https://taz.de/Schulverbote-fuer-Maedchen-in-Afghanistan/!5887257/>

⁵ <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/-/unicef-report-bildung-2018/277144>



Mädchen und junge Frauen werden in ihrer Gesundheit bedroht, ihrer Zukunftsvorstellungen beraubt und unterdrückt. Diese Gewalt ist Ausdruck von Machthierarchien zwischen den Geschlechtern. Es ist das Ergebnis von patriarchalen Denk- und Handlungsmustern, die Gesellschaften durchziehen und auch das ganz grundsätzliche Menschenrecht auf Bildung gefährden. Die Giftgasanschläge zeugen von einer neuen Qualität patriarchaler Ausschlussmechanismen: Mädchen und Frauen werden systematisch aus lang erkämpften Räumen gedrängt und damit von der öffentlichen in die private Sphäre.

Feministische Revolution braucht globale Solidarität

Die Situationen zeigen einmal mehr: Mädchen- und Frauenrechte sind ein Gradmesser für den Zustand von Gesellschaften. Das bedeutet auch: Die Belange von Mädchen und Frauen müssen in der (Außen-)Politik immer von Anfang an mitgedacht werden. Wir begrüßen daher, dass das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sich die Leitlinien Feministischer Außenpolitik und die Strategie Feministischer Entwicklungspolitik gegeben haben und damit den Fokus auf die Rechte, Repräsentanz und Ressourcenausstattung von marginalisierten Gruppen zu legen gedenken.⁶ Nun ist es wichtig, dass die Bundesregierung darauf Taten folgen und insbesondere Mädchen und jungen Frauen Schutz und Unterstützung zukommen lässt.

Als BDKJ solidarisieren wir uns mit Mädchen, Frauen und allen Menschen, die von patriarchalen Strukturen unterdrückt werden und deren Leben und Freiheit bedroht sind.

- Wir verurteilen das gewaltsame Vorgehen gegen Mädchen in den Bildungseinrichtungen auf Schärfste und erwarten ein ebenso scharfes Urteil von der Bundesregierung.
- Wir fordern die Freilassung aller Frauen und weiterer Personen, die verurteilt wurden, weil sie Gleichberechtigung fordern oder infolge von Protesten inhaftiert wurden.
- Wir fordern erleichterte Aufnahmebedingungen in Deutschland für politisch Verfolgte.
- Wir begrüßen die Initiativen des Außenministeriums und Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Feministischen Außen- und Entwicklungspolitik und fordern einen Fokus auf das Thema Bildung von Mädchen und jungen Frauen weltweit und in allen Politikbereichen.
- Wir fordern eine langfristige Förderung von Strukturaufbau- und Bildungsprojekten, die insbesondere Mädchen und Frauen zugutekommen.
- Wir setzen das Thema auf unsere Agenda und bringen es in Gesprächen innerhalb unserer Strukturen sowie mit externen Entscheidungsträger*innen und in unsere Öffentlichkeitsarbeit ein.

⁶ <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2585008/d444590d5a7741acc6e37a142959170e/ll-ffp-data.pdf>